

„Eine großartige Sache“

Europa-Abgeordnete Prof. Angelika Niebler (CSU) erklärt, weshalb sie den Datenschutz für eine Erfolgsgeschichte der EU-Politik hält – und vor allem die Wirtschaft profitieren wird.

Europa-Abgeordnete Prof. Angelika Niebler hat sich nach ihrem Auftritt auf der BIHK-Veranstaltung „Industrie 4.0 und Datenschutz – ein lösbarer Widerspruch?“ Zeit genommen für ein Interview mit „Wirtschaft Aktuell“. Niebler erklärte, weshalb sie den Datenschutz für einen der größten Erfolge der EU hält.

Frau Niebler, die FDP hat im Wahlkampf plakatiert: Digitalisierung first. Bedenken second. Wären mit diesem Ansatz nicht alle Datenschutzprobleme gelöst?

(Lacht) Naja, wenn die Welt so einfach wäre, bräuchten wir auch die Veranstaltung hier in Brüssel nicht. Zudem ist der Vorwurf falsch, wir hätten in den vergangenen vier Jahren nichts getan. Die große Koalition in Berlin hat das Netz ausgebaut, wichtige Gesetze verabschiedet und Frequenzen freigeschaufelt, die nun Digitaldienste für ihre Geschäftsmodelle nutzen können. Da ist einfach ganz viel passiert. Also uns braucht die FDP sicher nicht erklären, wie wichtig das Thema Digitalisierung ist.

Gilt diese Aussage auch für Bayern?

Mit Sicherheit. Das sage ich aus voller Überzeugung. Wir in Bayern haben Milliarden in die Hände genommen, um die nötige Infrastruktur aufzubauen und das digitale Business anzukurbeln. Und es freut mich zu sehen, dass viele Unternehmen aus allen Teilen der Welt und auch aus den USA nach München kommen, um an diesem Standort die Digitalisierung voranzutreiben.

Sie haben vorhin auf dem Podium die EU-Datenschutzverordnung als riesigen Erfolg bezeichnet. Warum tut sich die EU so schwer damit, ihre Erfolge der Öffentlichkeit zu vermitteln?

Wir sind in der Europäischen Union tatsächlich schlecht darin, unsere Erfolge zu verkaufen. Wir machen viel zu wenig Werbung für das, was wir an Gutem bewirken. Ein Beispiel ist, dass wir die Roaming-Gebühren abgeschafft haben. Das ist auch ein kleiner, aber wichtiger Baustein für die Entwicklung des digitalen EU-Binnenmarktes. Jeder kann seine Services und bezahlten Dienste mitnehmen – dank des Rechts auf Portabilität. Auch das ist ein großer Erfolg. Nur beim Datenschutz haben wir es nicht geschafft, die Fortschritte zu kommunizieren und rüber zu bringen. Dabei ist es Riesen-Sache und unsere Chance, den EU-Datenschutz als internationalen Standard durchzusetzen.

Ist das nicht auch eine gute Basis für neue Geschäftsmodelle?

Das stimmt absolut. Man kann das auch als Werbung für unseren Standort sehen. Unsere Unternehmen nutzen diese Chance. Das wurde in der heutigen Diskussion deutlich. Ich finde das extrem positiv. Die Firmen berücksichtigen in der Entwicklung die Datenschutzregeln schon im Vorfeld, damit es mit den Datenschutzbehörden keinen Stress gibt. Ich finde das großartig. Spannend finde ich auch die Tatsache, dass es in den Unternehmen ein Umdenken gibt. Der Datenschutz hat heute in den Betrieben einen hohen Stellenwert, den er auch haben sollte – und er genießt sogar Wertschätzung. Bei der Entwicklung von Produkten wird der Datenschutz von Beginn an mit berücksichtigt, Privacy by design und Privacy by default sind die Schlagworte. Das ist doch auch ein Riesen-Erfolg.

Amerikas Chef-Unterhändler für den Privacy-Shield, Ted Dean, hat bei einem Gespräch bei uns in der IHK versichert, auch in den USA habe man von den Datenschutzgesprächen mit der EU gelernt. Man verstehe heute die Sorgen der EU-Bürger besser. Beobachten Sie diesen Effekt auch?

Die Amerikaner, mit denen ich engeren Kontakt habe, sehen das ganz pragmatisch. Man hat jetzt das Privacy-Shield, also wendet man es auch an. Aber Sie haben Recht. Ich habe den Eindruck, in den USA hat man in diesem Punkt von uns gelernt. Klar ist, dass Europa mit seinen 28 oder bald 27 Mitgliedsstaaten oft länger für Ergebnisse braucht – dafür kommen wir dadurch zu Lösungen, die unterschiedliche Interessen zufriedenstellen.

Sie haben auf dem Podium erwähnt, nun komme es auf die Datenschutzaufsicht an. In Bayern sind wir hier mit Herrn Kranig offenbar gut bedient. Wie sieht es aber mit der Datenschutzaufsicht in Irland oder im Südosten Europas aus?

Ich glaube nicht, dass wir uns da Sorgen machen müssen. Die Kommission wird sehr darauf achten, dass der Datenschutz einheitlich angewandt wird. Sollte das in einigen Mitgliedsstaaten nicht der Fall sein, muss die Kommission reagieren. Wir bekommen sofort Rückmeldung, wenn etwas nicht funktioniert. Wir werden notfalls die Kommission auch anmahnen, auch in Problemländern für einen ordentlichen Vollzug zu sorgen.

Beim Datenschutz hat sich die EU emanzipiert. Wäre es nicht wünschenswert, wenn wir in der EU auch ein eigenes Google oder Facebook hätten?

Dafür gibt es europäische Mittel aus unseren Forschungs- und Innovationsbudgets. Wir haben natürlich das Ziel, so etwas aufzubauen. Leider kann der Gesetzgeber so etwas nicht anordnen. Dafür brauchen wir eine Initiative aus Unternehmen, Gründern und Universitäten. Wir können nur sagen: Wenn Ihr das versuchen wollt, helfen wir Euch finanziell. Wir unterstützen Euch, wo wir nur können. Wir würden uns freuen, wenn jemand in Europa den Mut dazu hätte. Ich habe gehört, das Fraunhofer Institut sei an diesem Thema dran. Auch in der Industrie wollen sich mehrere Unternehmen zusammenschließen, um so etwas zu entwickeln. Ich kann nur

hoffen, dass da etwas kommt. Unser Job wäre wohl, für mehr Cybersicherheit zu sorgen. Auch da sehe ich Europa auf gutem Weg.

Bei der Bundestagswahl hat die EU- und Eurokritische AfD große Stimmenzuwächse erzielt. Was bedeutet das für Sie als engagierte Europapolitikerin?

Wir sollten unsere europapolitischen Grundlinien nicht ändern. Wir sind eine durch und durch proeuropäische Partei. Allerdings haben wir auch immer gesagt, dass nicht jedes Problem auf europäischer Ebene gelöst werden muss. Ich denke, wir brauchen künftig eine bessere Rollenverteilung. Für große Probleme wie Cybersicherheit, Terrorbekämpfung oder die Weiterentwicklung des Binnenmarkts brauchen wir große Lösungen auf EU-Ebene. Und selbst die EU-Kommission hat ja erkannt, dass kleinere Detailfragen besser von den Nationalstaaten in Eigenregie gelöst werden sollten. Wir müssen nicht jede Beihilfe oder Ausschreibung von Brüssel absegnen lassen. Wir sollten stattdessen deutlich machen, wofür Europa steht: Frieden, Freiheit, Chancengleichheit. Oder jetzt einen einheitlichen Datenschutz für 500 Millionen Menschen. Das ist eine großartige Sache.

Die Fragen stellte Martin Armbruster